

Stand: 12.02.2026 18:54:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7290

"Kein Mindestlohn zweiter Klasse für Saisonarbeitende! Ausbeutung stoppen, sozialen Zusammenhalt stärken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7290 vom 01.07.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7347 vom 02.07.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 02.07.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebshammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Kein Mindestlohn zweiter Klasse für Saisonarbeitende! Ausbeutung stoppen, sozialen Zusammenhalt stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die geplante Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ohne Ausnahmen auch für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft gilt.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, im Bundesrat sowie gegenüber der Bundesregierung klar Stellung gegen Sonderregelungen für einzelne Beschäftigtengruppen zu beziehen, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft.

Begründung:

Die geplante Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ist ein überfälliger Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Kaufkraftstärkung und Wertschätzung der Arbeit. Saisonarbeitskräfte leisten in der Erntezeit unter oft schwierigen Bedingungen körperlich harte Arbeit. Bayern als Bundesland mit den meisten landwirtschaftlichen Betrieben ist auf diese Arbeitskräfte in besonderer Weise angewiesen.

Eine Absenkung des gesetzlichen Mindestlohns für Saisonarbeitskräfte stellt eine Form des Lohndumpings auf dem Rücken meist weitgehend schutzloser ausländischer Beschäftigter dar und ist inakzeptabel. Da es sich bei Saisonbeschäftigten in erster Linie um EU-Staatsbürger handelt, ist ihre Ausnahme aus dem gesetzlichen Mindestlohn ein Verstoß gegen das Prinzip der Gleichbehandlung und somit höchstwahrscheinlich europarechtswidrig.

Der Mindestlohn muss ausnahmslos für alle Beschäftigten gelten – ohne Wenn und Aber. Wer Ausnahmen vom Mindestlohn fordert oder gar zulässt, legt die Axt an den unverzichtbaren Schutz für hart arbeitende Menschen und will diesen großen sozialen Fortschritt wieder zurückdrehen.

Die Arbeitsbedingungen in der Saisonarbeit sind bereits heute vielfach prekär. Berichte, unter anderem vom Beratungsnetzwerk „Faire Mobilität“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, dokumentieren gravierende Missstände, wie die Nichtzahlung des Mindestlohns sowie unbezahlte Überstunden oder hohe Abzüge für Unterkunft und Transport. Die Beschäftigten befinden sich in starker Abhängigkeit zu den Landwirten und können sich oft nicht wehren. Die Absenkung der gesetzlichen Standards für Saisonbeschäftigte wird gravierende Folgen für alle Beschäftigten in der Landwirtschaft haben. Die tariflichen Löhne im Agrarsektor bemessen sich oft am Abstand zum gesetzlichen Mindestlohn. Eine solche Ausnahme für Saisonbeschäftigte könnte das Gehaltssystem in der gesamten Branche

infrage stellen. Der Mindestlohn ist die Haltelinie nach unten, unter die kein Lohn gehen darf. Das auch deswegen, weil es keine Arbeitnehmenden zweiter Klasse geben darf. Wer anfängt, an dieser Schranke zu rütteln, der gefährdet den sozialen Zusammenhalt und öffnet der Ausbeutung Tür und Tor.

Aber auch die Arbeitgeber in der Landwirtschaft tun sich damit keinen Gefallen. Schon heute herrscht ein gravierender Fachkräftemangel im Agrarbereich. Wenn jetzt die Lohnspirale nach unten gedreht wird, werden sich immer mehr Arbeitskräfte nach anderen Möglichkeiten umsehen. Ausnahmen vom Mindestlohn sind also nicht nur zutiefst unsozial, sondern auch ökonomisch kontraproduktiv. Gerade im ländlichen Raum und bei kleinen Betrieben braucht es unterstützende Maßnahmen – aber keine pauschalen Ausnahmen beim Lohn. Alles andere wäre ein Rückschritt und ein falsches Signal an die Beschäftigten und an die Gesellschaft insgesamt. Der Freistaat muss hier klar Stellung beziehen – für Fairness und soziale Standards auch in der Landwirtschaft.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/7290

Kein Mindestlohn zweiter Klasse für Saisonarbeitende! Ausbeutung stoppen, sozialen Zusammenhalt stärken!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ruth Müller

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Walter Nussel

Abg. Florian von Brunn

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Anton Rittel

Abg. Paul Knoblach

Abg. Petra Högl

Staatsministerin Michaela Kaniber

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur Beratung nun noch den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Kein Mindestlohn zweiter Klasse für Saisonarbeitende! Ausbeutung stoppen, sozialen Zusammenhalt stärken! (Drs. 19/7290)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Höchsttemperatur hat heute Nachmittag in Kitzingen in Mainfranken bei 40,5 Grad gelegen. Das war bislang der heißeste Tag des Jahres. Bei diesen Temperaturen können wir von Glück sagen, dass wir hier in einem wohltemperierten Plenarsaal sitzen. Es gibt aber auch Berufsgruppen in diesem Land, die dieses Glück nicht haben, zum Beispiel Bauarbeiter oder Erntehelfer. Sie schuften bei jedem Wetter auf den Feldern. Sie schuften bei Kälte, bei Nässe und wie in den letzten Tagen bei einer mörderischen Hitze. Mehr als 40.000 sogenannte Saisonarbeitskräfte arbeiten jedes Jahr auf Bayerns Feldern, in den Hopfengärten oder auf den Obstplantagen. Ohne sie wären wir in Bayern komplett aufgeschmissen.

(Beifall bei der SPD)

Jeder weiß es: Das ist echte Knochenarbeit. Egal ob auf dem Gurkenflieger, im steilen Weinberg oder in der Hocke auf dem Erdbeerfeld – das ist schon ohne Hitze anstrengend genug. Bei 40 Grad Außentemperatur ist das kaum aushaltbar. Die Arbeit ist für uns aber völlig unverzichtbar. Ohne unsere Erntehelfer hätten wir keine regionalen Produkte auf den Tellern. Wir hätten keine Gurken, keine Erdbeeren, keinen Spargel, keinen Hopfen, keine Weintrauben und schon gar keinen fränkischen Wein. Und was macht Ihr Landwirtschaftsminister im Bund, liebe CSU-Fraktion? – Er plädiert dafür,

diesen Arbeitskräften, die besonders für uns in Bayern so unverzichtbar sind, nicht einmal mehr den Mindestlohn zu zahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Die Erhöhung des Mindestlohns soll, so die Pläne von Herrn Rainer, für genau diese Kräfte einfach nicht gelten – getreu dem Motto: Mit denen kann man es ja machen, mit denen kann man umspringen, wie man mag; die werden schon nicht aufmucken. – Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unanständig und ungerecht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht nur ungerecht, es ist sogar EU-rechtswidrig, wenn es sich um Arbeitskräfte aus der EU handelt. Die Gedankenspiele Ihres CSU-Agrarministers beweisen: Der Respekt, den die CSU immer wieder völlig zu Recht für die Landwirte einfordert, soll offenbar nicht für die Menschen gelten, die in der Landwirtschaft arbeiten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Quatsch!)

Wir fordern die Staatsregierung auf: Machen Sie Ihrem Landwirtschaftsminister klar, dass die Saisonarbeitskräfte Respekt und einen Lohn verdient haben, von dem sie leben können.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD haben den Mindestlohn durchgesetzt. Der Mindestlohn bedeutet nicht, dass er für die einen gilt, aber für die anderen nicht. Er bedeutet auch nicht, man kann ihn bei Menschen, die keine Lobby haben, beliebig kürzen. Es sind Menschen aus dem Ausland, die wir so dringend auf den Feldern brauchen.

Übrigens würden wir auch den Landwirten einen Bärendienst erweisen; denn sie tun sich ohnehin schwer, für diese Knochenarbeit Arbeitskräfte zu finden. Ich will diese Arbeitgeber gar nicht unter Generalverdacht stellen. Die meisten von ihnen wissen nämlich, was sie an ihren ausländischen Arbeitskräften haben. Sie erinnern sich si-

cherlich noch alle an die Engpässe an Arbeitskräften während der Corona-Pandemie. Es würde nicht helfen, den ohnehin nicht hohen Lohn faktisch zu kürzen.

Herr Rainer hat seine bisher kurze Amtszeit gleich einmal dafür genutzt, den Lobbyisten komplett nach dem Mund zu reden. Deren Argumente sind die gleichen, die seit jeher gegen faire Löhne genutzt werden. Es sind Szenarien, die schon zur Einführung des Mindestlohns nie eingetreten sind. Unsere Arbeitsministerin im Bund, Bärbel Bas, schiebt seinem lobbyistenfreundlichen Gebaren völlig zu Recht einen Riegel vor.

(Beifall bei der SPD)

Eine Herabsetzung des Mindestlohns der kurzfristig beschäftigten Saisonarbeitskräfte würde sowohl nach nationalem als auch nach europäischem Recht eine unzulässige Diskriminierung darstellen. Auch der Chef des DGB Bayern, Bernhard Stiedl, ist unserer Meinung. Er sagt:

"Gerade den Beschäftigten in der Landwirtschaft, die ohnehin unter härtesten Bedingungen arbeiten, den Lohn kürzen zu wollen, ist nichts anderes als ein sozialpolitischer Offenbarungseid."

Dem kann ich nur beipflichten. Wir als Bayerischer Landtag sollten uns dem anschließen und ein deutliches Signal senden – für unsere Landwirtschaft, für die Menschen, die bei 40 Grad im Schatten, bei Nieselregen, Wind und Wetter schuften, damit frische Erdbeeren auch weiterhin auf unseren Tellern landen. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Björn Jungbauer von der CSU vor.

Björn Jungbauer (CSU): Frau Kollegin Müller, Sie sprechen von frischen Erdbeeren, die Sie auch in Zukunft gerne genießen wollen. Ich komme aus einem Stimmkreis, in dem sehr viel Weinbau betrieben wird und sehr viele Sonderkulturen von Spargel und

Erdbeeren angebaut werden. Wenn ich mit den Landwirten vor Ort spreche, sagen die mir etwas ganz anderes. Die haben das Problem, dass sie gute fränkische Ware nicht an den Mann und an die Frau bringen, weil sie aufgrund sehr hoher Lohnkosten – Lohnkosten sind besonders im Sonderkulturenbereich maßgeblich für die Produktionskosten verantwortlich – nicht mehr verkaufen können.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Was erzählen Sie denn Ihren Landwirten? Ich weiß nicht, ob Sie mit Landwirten in Ihrem niederbayerischen Landkreis gesprochen haben. Was sagen die zu Ihnen?

Ruth Müller (SPD): Ich merke ganz klar an: Ihre Landwirte beschwerten sich, obwohl es den Mindestlohn in der Höhe, wie er angekündigt worden ist, noch gar nicht gibt.

(Michael Hofmann (CSU): Sind das unsere Landwirte? Das ist doch Wahnsinn! –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wahnsinn!)

Das heißt, es werden sowieso schon die Pferde scheu gemacht. Die Lohnkosten sind doch noch gar nicht durchgereicht worden. Aber bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern werden sie schon abkassiert.

(Zurufe von der CSU – Michael Hofmann (CSU): Das ist Ihre Haltung zu unseren Landwirten? So sehen Sie unsere Landwirte? Unglaublich!)

Solange unsere Verbraucherinnen und Verbraucher pro Kopf jedes Jahr 74,5 Kilo Lebensmittel in die Tonne schmeißen, davon über 11 Kilo an frischem Obst und Gemüse, glaube ich, sind Lebensmittel in unserem Land nicht zu teuer, sondern verdienen mehr Wertschätzung wie auch die Saisonarbeitskräfte einen entsprechenden Lohn. Danke.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Bodenlos! – Michael Hofmann (CSU): Peinlich! Wirklich peinlich!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Müller, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Walter Nussel für die CSU-Fraktion.

Walter Nussel (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich denke, ich muss einiges relativieren und wieder einfangen. Unser Bundeslandwirtschaftsminister handelt richtig. Er versucht, Bedingungen zu erhalten, damit Produkte, die in Deutschland und auch bei uns in Bayern noch produziert werden, auch weiterhin hier produziert werden können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen müssen wir versuchen, das mit Maß und Ziel anzugehen.

Frau Müller, Sie haben kein Wort davon gesagt, dass diese Arbeitskräfte aus dem Ausland mittlerweile bei uns in einer ganz anderen Situation sind als noch vor Jahren. Schauen Sie bitte mal ins Knoblauchsland; dann sehen Sie, wie die Menschen mittlerweile umsorgt und untergebracht sind. Das sucht seinesgleichen. Man kann nicht mehr davon sprechen, dass es eine Zwei-Klassen-Gesellschaft ist. Die Leute sind hier ordentlich untergebracht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Genauso ist es vor allem auch bei unseren Familienbetrieben. Dort sind die Arbeitskräfte auch vollumfänglich eingebunden, und die würden auch nicht mehr jedes Jahr kommen, wenn das nicht so wäre.

(Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Das haben Sie bei Ihren Ausführungen komplett unterschlagen. Deswegen finde ich es wirklich richtig, dass wir diesen Schritt gehen.

(Zuruf von der CSU: Ja!)

Die Hitze bei 40 Grad hat jeder zu ertragen, ob das ein Helfer aus dem Ausland ist oder ob es die einheimischen Menschen sind. Alle haben das in gleicher Weise zu ertragen. Wir müssen für alle Sorge tragen, dass wir das hinbekommen.

(Ruth Müller (SPD): Deshalb für alle auch beim Lohn das Gleiche!)

Aber wenn wir meinen, wir könnten hier die Standards immer höher setzen mit Lohn und anderen Dingen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern. In Spanien trocknen ganze Gebiete aus, weil da unten ganz andere Verhältnisse herrschen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Das wollen wir hier nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe es hier schon ein paarmal gesagt, und es kommt insgesamt auch immer viel zu kurz: Über was sprechen wir? – Über die Grundversorgung unserer Bevölkerung. Für die Grundversorgung unserer Bevölkerung brauchen wir erst einmal unsere Produkte aus diesem Land. Diese müssen wir so produzieren können, dass auch unsere Unternehmen, unsere Familienbetriebe mitkommen. Das muss unser Ziel sein.

Zum Lohnniveau: Dieses liegt in Rumänien bei 4,43 Euro. Wir haben also auch beim Mindestlohn mittlerweile ein hohes Niveau erreicht. Die Leute würden nicht zu uns kommen – sie haben von 40.000 Menschen gesprochen –, wenn wir die Menschen nicht auf den Weg mitnehmen. Kurzum, wir stehen dazu, und ich hoffe, dass das auch im Bund so durchgeht. Wir haben genügend andere Bereiche, in denen Mindestlohn gezahlt wird, in denen man auch gerne ein niedrigeres Lohnniveau hätte.

Aber angesichts der Produktionslinien, die vor allem in der Landwirtschaft aufrechterhalten werden, möchte ich an dieser Stelle unseren Betrieben, unseren Landwirten, unseren Erzeugern recht herzlich danken, dass sie das alles auf sich nehmen und die Menschen aus dem Ausland so aufnehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Produktion von Sonderkulturen ist körperliche Anstrengung. Im Handwerk gibt es auch körperliche Anstrengung, aber die Anstrengung in der Landwirtschaft ist noch einmal eine ganz andere. Deswegen stehen wir dazu, und ich hoffe, dass wir das

jetzt auch weiterhin unterstützen. Ich wünsche unserem Landwirtschaftsminister auf Bundesebene und natürlich unserer Ministerin in Bayern alles Gute, sodass sie die Betriebe weiterhin so unterstützen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Nussel, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion vor.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Nussel, wenn man harte Arbeit leistet, hat man einen anständigen Lohn verdient. Die Landwirte, von denen Sie gerade gesprochen haben, haben in der letzten Zeit so viel bekommen: Sie erhalten nicht nur die Ag-rardieselförderung wieder zurück, wie es im Koalitionsvertrag steht, sondern können auch gerade bei den Saisonarbeitskräften Kost und Logis vom Mindestlohn abziehen. Zudem dürfen sie sie jetzt laut Koalitionsvertrag 90 Tage sozialversicherungsfrei beschäftigen. Was wollen Sie noch alles? – Sie gönnen diesen hart arbeitenden Menschen anscheinend nicht einmal mehr den Schmutz unter den Fingernägeln. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das finde ich schäbig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Das geht ja gar nicht! – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Walter Nussel (CSU): Herr von Brunn, ich möchte einfach nur damit antworten: Was die Ampel den Landwirten alles genommen hat, das ist eine Sauerei, die wir jetzt wieder korrigieren werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kein Mindestlohn zweiter Klasse für Saisonarbeitende!" vor. Unser bayerisches Urgestein, Franz Josef Strauß, hätte die Achseln gezuckt und gesagt: Reden Sie nicht von etwas, von dem Sie nichts verstehen. – So wäre es damals gewesen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Man muss sich über diesen Antrag schon wundern. Normalerweise würde die SPD heute in der Koalitionsrunde auf den Agrarminister Alois Rainer losgehen und die Arbeitnehmerrechte verteidigen. Aber von welchen Arbeitnehmern? – Von den ausländischen Arbeitskräften; denn die eigenen Arbeitnehmer haben Sie schon lange verraten. Sie sind keine Arbeitnehmerpartei mehr. Sie haben diese schon lange über Bord geworfen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Sie schießen als Koalitionspartner gegen den eigenen Minister. Dieses Theater führen Sie schon nach so kurzer Zeit in Berlin auf.

(Zuruf von der AfD)

Wenn wir uns am Lohnniveau in den Heimatländern der Saisonarbeiter orientieren würden, würde dies bedeuten, den Saisonarbeiter-Mindestlohn um 20 % zu senken. In Rumänien liegt dieser bei 4,87 Euro, in Bulgarien bei 3,32 Euro, in Polen bei 7,08 Euro, in Weißrussland bei 1,18 Euro, in der Ukraine bei 1,10 Euro und in Albanien bei 2,28 Euro. Man muss berücksichtigen, welche Kaufkraft die Leute, die bei uns als Saisonarbeiter arbeiten, nach Hause mitbringen. Dass die Arbeitsbedingungen bei schwarzen Schafen geahndet werden müssen, hat nichts mit dem Arbeitslohn zu tun. Die Leute sind froh, wenn sie längere Zeit in Deutschland sind. Sie können eine Bindung zu den Unternehmen aufbauen und wechseln dann oft in andere Branchen. Ich kenne Leute, die zunächst als Erdbeerpflücker aus Polen gekommen sind und

heute in der Pflege arbeiten, weil sie Fuß gefasst und Kontakte geknüpft haben. Das vergessen Sie.

Frau Ruth Müller verweist auf das EU-Recht. Wenn das EU-Recht überall so ausgelegt werden würde, wie Sie behaupten, dann gäbe es keine unterschiedlichen Sozialleistungen innerhalb der EU, weil sie dann auch nicht zulässig wären. Dann müsste jeder die gleichen Sozialleistungen erhalten. Das kann es auf keinen Fall sein. Die Familienangehörigen werden dann nachgezogen. Im Falle der Erdbeerpflücker, die ich kenne, sind die Frauen nachgezogen. Mehrere von diesen arbeiten jetzt in einem Altenheim bei uns in der Nähe.

Man muss auch die Arbeitgeberseite berücksichtigen.

(Zuruf von der SPD)

Wenn wir hier den Mindestlohn im Saisonarbeitsgewerbe anziehen, dann gibt es nur noch Verlierer; die Gemüseanbaubetriebe stehen im internationalen Wettbewerb und konkurrieren mit ihren Produkten zum Beispiel mit Erdbeeren aus Israel oder weiß der Teufel woher, von wo zu jeder Jahreszeit Erdbeeren importiert werden können. Bei uns machen die Betriebe zu. Das ist die Wahrheit, die Sie erkennen, wenn Sie sich mit den Firmen unterhalten. Das müssten Sie recherchieren, bevor Sie im Bayerischen Landtag einen solchen Zinnober bei einer Frage machen, die Sie eigentlich heute Nacht im Koalitionsausschuss klären müssten, nicht hier im Landtag. Hier wird das nicht entschieden.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei so einem Antrag weiß ich, warum ich in die Politik gegangen bin: damit ich auf so einen schwachsinnigen, realitätsfremden Antrag reagieren kann. Mein Vater

hätte in dem Fall gesagt: Junge, denk dir nichts, da kannst du nichts machen. Die haben von Ackerbau und Viehzucht keine Ahnung. – Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wer von Schwachsinn redet, hat selbst keine Ahnung!)

Ich habe vorhin nachgeschaut: In dieser Fraktion gibt es keinen, der schon einmal bei 40 Grad auf einem Erdbeerfeld gestanden ist, der schon einmal in einem Kuhstall war und der schon einmal irgendetwas in der Landwirtschaft gemacht hat. Es gibt keinen, und dann stellen Sie solche Anträge. Das finde ich bodenlos.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist unanständig! – Zurufe von der SPD)

– Bitte bleiben Sie ruhig. – Man muss sich auch als Sozialpolitiker einmal überlegen, was passieren würde, wenn wir den Mindestlohn in der Landwirtschaft nicht einführen. Es geht hauptsächlich um die Gemüse- und die Obstbauern. Wenn ich heute in Deutschland den Mindestlohn nicht senke, dann passiert Folgendes: Der ganze Gemüse- und Obstanbau geht ins europäischen Ausland. Wie wir vorhin vom Kollegen gehört haben, wird dort für 3 Euro, 5 Euro oder 7 Euro gearbeitet. Die Betriebe produzieren dann im Ausland und der polnische, rumänische oder sonstige Ostblock-Arbeiter verrichtet dort die gleiche Arbeit. Den interessiert es in Polen auch nicht, ob es 40, 42 oder 44 Grad heiß ist oder ob es regnet. Der pflückt in Rumänien genau die gleichen Erdbeeren, die dann zu uns importiert werden, und zwar für viel weniger Geld als bei uns. Warum? – Weil es in Deutschland nicht mehr möglich ist, deutsches, einheimisch-regionales Obst zu beziehen, und wir reden immer von regionalem Anbau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

– Bitte klatscht zum Schluss; denn das geht alles von meiner Redezeit weg. Ich glaube, wir haben nicht mehr so viel Redezeit.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Was ist dann ihr Vorschlag? 5 Euro Mindestlohn, oder was?)

Genau diese Partei schreit dann wieder nach regionaler Produktion, und was machen Sie? – Sie treiben alle Betriebe ins Ausland. Sozialpolitisch ist das gar nicht verträglich. Diese armen Leute würden für die gleiche Arbeit, für die sie in Deutschland 12 oder irgendwann 15 Euro bekommen, in Rumänien nur 7, 6 oder 5 Euro bekommen. Das ist sozial unverträglich für die Familien. Die brauchen unsere deutschen Arbeitsplätze. Wenn der Spargel im Laden mal 15 Euro kostet, dann schreien alle und kaufen den billigen Spargel, der aus Rumänien und Polen kommt. Dann reden Leute in der Landwirtschaft mit, die noch nie irgendetwas in der Landwirtschaft gemacht haben oder von ihr verstanden haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie wollen rumänische Löhne in Deutschland haben! Sagen Sie das doch gleich! Das ist Ihre Vorstellung! – Gegenruf von den FREIEN WÄHLERN: Das hat er nicht gesagt! Das ist eine Unterstellung! – Unruhe bei der SPD)

Eines muss ich euch ganz klar sagen: Wir sind uns bei dem Antrag in einem Satz einig. Es gibt einen Satz, bei dem wir uns einig sind. Das muss ich ganz klar betonen. Einen Satz gibt es. Ich muss gleich ablesen, wie er lautet: Dass der Freistaat hier klar Stellung beziehen muss. – Das steht bei euch im Antrag drin. Jawohl, bei diesem Satz sind wir uns einig. Der Freistaat muss Stellung beziehen und muss die Ausnahme für den Mindestlohn für die Landwirtschaft einsetzen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fünf Euro Mindestlohn?)

Bei diesem Satz sind wir uns einig, und ich hoffe, dass der Freistaat insofern Stellung bezieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Sozialpolitisch ein Armutszeugnis! Fünf Euro wie in Rumänien!)

– Weil Sie keine Ahnung haben. Das ist das Problem.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD)

Ja, das ist einfach so. Sie schreien nur rein. Sie haben ja nicht mal Anstand. Das ist ja euer Problem. Außerdem müsste man dann vielleicht Überlegungen anstellen, warum man beim Mindestlohn vielleicht sogar einen Schritt weitergeht. Man müsste vielleicht sogar Deutsche – – Das ist ja nicht nur in der Landwirtschaft so, sondern das ist anderen Branchen auch so. Ein Facharbeiter der die Facharbeiterprüfung nicht geschafft hat, arbeitet auch zum Mindestlohn. Er hat aber vielleicht gewisse Fähigkeiten im Praktischen. Im Theoretischen hat er die Prüfung nicht geschafft. Der bekommt auch den Mindestlohn.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Dann kommt ein ausländischer Arbeiter, der auch den Mindestlohn bekommt, aber die Sprache nicht kann. Das ist eine Diskriminierung eines deutschen Arbeiters, der ohne Facharbeiterprüfung ist.

Aus diesen Gründen muss ich ganz klar sagen – ich glaube, man hat es herausgehört –,

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der AfD)

dass wir diesen Antrag ablehnen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. Ich habe noch ein paar Minuten Zeit. Zwei Minuten könnte ich noch reden. Ich kann noch zwei Minuten schimpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Es wäre ehrlicher gewesen, wenn er für die Abschaffung des Mindestlohns plädiert hätte!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Paul Knoblach für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe im Plenum, damit Herr Knoblach seine Rede beginnen kann.
– Bitte sehr, Herr Kollege.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Na ja, das war schon sehr eindrucksvoll, was der Herr Kollege Rittel gerade geboten hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Absolut! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das war sehr gut!)

"Schwachsinnig", "realitätsfremd" – sind das wirklich die passenden Worte? Sind die wirklich geeignet, um hier im Plenum vorgetragen zu werden?

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das sagt jemand aus der Fraktion der GRÜNEN!)

Da bin nicht nur ich unsicher.

(Zuruf von den FREIEN WÄHERN: Vier Jahre! Vier Jahre! Verschenkte Jahre!)

Na ja, die Herrschaften, die hier vor mir sitzen, haben ein Ziel, weshalb sie hier sitzen. Das ist mir bekannt. Arbeiten Sie weiter daran. Sie erfüllen Ihre Rolle für Ihre Fraktion. Wunderbar.

So, aber jetzt wirklich zu meiner Rede. Ich freue mich, hier im Plenum mal über gutes Essen reden zu dürfen. Ob ich das wirklich so gut kann wie unsere Landwirtschaftsministerin – schön, dass Sie da sind – oder wie unser Herr Ministerpräsident, da bin ich mir nicht ganz sicher. Das müssen Sie nach meiner Rede bitte feststellen. Schauen wir mal.

Für viele ist das, was hinter unserem Essen steht, ein undurchsichtiger, vielleicht für manche sogar ein unwichtiger Prozess. Ich selber komme aus der Landwirtschaft. Den Knoblauchschen Betrieb gibt es noch immer. Ich weiß also, wovon ich rede.

Vielen scheint es wichtig, dass die Erdbeerkiste in der Obstabteilung voll ist und der wunderbare fränkische Spargel günstig und bequem auf den Teller kommt. Die harte Arbeit dahinter kennen viele von uns, aber nicht alle, glaube ich. Draußen wird dieses Verhältnis vielleicht noch mal anders sein.

Die harte Arbeit dahinter – vergessen. Das sind meistens die Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter, die unser geliebtes Obst und unser Gemüse aussäen, pflanzen und bis zur Ernte mit ihren bloßen Händen beikrautfrei halten, es sortieren und verkaufsfertig machen. Uns sollte aber schon klar sein: Gutes Essen mit Genuss zu verzehren, das geht nur, wenn es unter fairen Arbeitsbedingungen, unter fairen Sozialstandards und bei gerechter Bezahlung erzeugt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sieht der Tag einer Saisonarbeiterin aus? – Ich erlebe es täglich, wenn ich zu Hause bin: Bereits vor Tagesanbruch laufen die ersten Vorbereitungen. Vor der Fahrt aufs Feld werden die Fahrzeuge beladen, und dann geht es nahezu bei jedem Wetter raus. Viele Stunden von Hand in gebückter Haltung Beikraut zupfen, beispielsweise auf den Karottendämmen, bäuchlings Gurken ernten, Körbe schleppen, kein Schatten, Pausen vielleicht schon, vielleicht auch nicht. Am Abend geht es dann zurück in die Unterkünfte. Nicht immer, aber zu oft, finde ich, sind das mehrstöckige, aufgeheizte Containersiedlungen, wofür auch noch ein Lohnanteil weggeht. Das alles unter dem gesetzlichen Mindestlohn? – Ich meine: Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es stimmt, der Preisdruck ist hoch. Die Kosten sind gestiegen, auch für die landwirtschaftliche Erzeugung, in jeder Hinsicht, und die Löhne in Osteuropa – wir wissen

es – sind niedriger. Wir meinen, wir könnten das angehen. Ich verstehe natürlich diese Haltung, ich verstehe die Haltung der Bäuerinnen und Bauern, die ihre Betriebe weiterführen wollen. Das ist völlig klar. Aber uns sollte klar sein: Ein symptomatisches Behandeln, nämlich den Schmerz sozusagen zu bekämpfen, ohne an die Ursache zu gehen, würde nicht weit genug führen. Deshalb ist der wichtigste Punkt: Ein europaweiter Mindestlohn muss her, damit der Lohnwettbewerb fair ist.

(Lachen bei der AfD)

Der gesetzliche Mindestlohn – und das sollte uns schon klar sein – ist keine gönnerhaft gewährte, freiwillige Leistung. Er ist Gesetz, eine Haltelinie nach unten und für alle gültig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was hier diskutiert wird, zielt ganz offensichtlich auf einen Mindestlohn verschiedener Klassen. Wollen wir die Lohnempfänger:innen auch so klassifizieren? Ich denke, nicht. Haben wir vergessen – das wurde schon erwähnt –, wie das damals zur Pandemiezeit war? – Ich habe es hautnah erlebt: Unsere Ernten drohten auf den Feldern zu verrotten. Wir haben Charterflieger nach Osteuropa geschickt, um diese fleißigen Leute unter Sonderbedingungen – Gott sei Dank ging das – ins Land zu holen. So sind unsere Ernten eingebracht worden, und wir hatten etwas zu essen. Jetzt missgönnen wir ihnen den Mindestlohn. Jetzt rütteln wir an einem der wichtigsten sozialen Fortschritte der letzten Jahre. Das lassen wir GRÜNEN nicht zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage das bei allem Verständnis für die Betriebe ganz klar. Ich kenne viele Winzer und Bauern; wir sprechen sehr oft. Wie meinem Kollegen Björn Jungbauer geht es auch mir zu Hause. Ich verstehe diese Position. Aber ich schaffe es nicht, diesen Leuten, die hart arbeiten, zu sagen: Na ja, du musst das billiger machen. Das schaffe ich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Knoblach, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Petra Högl, CSU-Fraktion, vor.

Paul Knoblach (GRÜNE): Bitte schön, liebe Petra!

Petra Högl (CSU): Lieber Kollege Paul Knoblach, ich möchte dich jetzt schon mal fragen, ob du wirklich mit landwirtschaftlichen Betrieben, mit Erzeugern, gesprochen hast. Was du beschrieben hast, dass die Mitarbeiter aus den verschiedenen Ländern hierher gekarrt werden oder fast gezwungen werden, dass sie bei uns arbeiten, weil das eine Pflicht ist usw., das ist bei Weitem nicht so. Die kommen freiwillig. Es besteht eine enge Beziehung zwischen den Bauernfamilien hier und den Saisonarbeitskräften. Die kommen hierher, weil sie hier gutes Geld verdienen wollen. Sie wissen auch um die Rahmenbedingungen, sprich um den Lohn. Sie kommen freiwillig her, um hier zu arbeiten. Dass da sozusagen eine Rüstzeit ist und es fast keine Pausen gibt, dem möchte ich widersprechen, weil die Landwirte das schon gestalten und wissen, wie das geht. Dass die Saisonarbeitskräfte sozusagen ausgenutzt werden, dem möchte ich ganz klar widersprechen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Högl.

Petra Högl (CSU): Denn die Landwirte wissen, wie wichtig die Saisonarbeitskräfte sind. Sonst bekommen sie die Ernte nämlich nicht vom Feld. Ich bitte schon, das auch zu bedenken. Meine Frage ist: Hast du mit denen gesprochen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Knoblach, bitte.

Paul Knoblach (GRÜNE): Danke Petra. Ich habe ja nicht behauptet, dass sie gegen ihren Willen nach Bayern oder nach Deutschland gebracht würden oder dass sie auf andere Weise geknechtet oder zu Leibeigenen gemacht werden würden. Das habe ich nicht behauptet.

Wir sind uns alle einig: Diese Leute verrichten Schwerstarbeit. Darauf wollte ich hinweisen. Ihnen stehen wichtige Dinge zu, unter anderem auch ein gerechter Lohn. Aus meiner Sicht ist der Mindestlohn tatsächlich ein gerechter Lohn, der auch in anderen Branchen zur Anwendung kommt. Ich habe das bei allem Verständnis für die bäuerlichen Familien und die Betriebsleitungen, die damit ihre Sorgen haben, erwähnt.

Ich weiß das, da ich wirklich mit den Leuten spreche – das können Sie mir glauben. Ich wohne auf dem Land. Beispielsweise sind die Winzer im gleichen Ort vor der Haustür. Diese sagen mir: Paul, du musst schauen; wenn ich meinen Hilfskräften einen höheren Lohn zahlen muss, weil ein höherer Mindestlohn Gesetz ist, dann sagen auch mein Techniker, mein Ingenieur im Keller; dass sie mehr wollen; das macht mir als Winzer Mühe.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke Herr Knoblach. Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Michael Hofmann (CSU): Jetzt haben Sie das Problem verstanden und müssen nur noch die richtige Schlussfolgerung ziehen!)

Paul Knoblach (GRÜNE): – Herr Kollege, das wäre die falsche.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke sehr. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Michaela Kaniber das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist mit absoluter Berechtigung eine sehr hitzige Debatte. Man hat den Eindruck, die SPD-Landtagsfraktion scheint ihrer Bundestagsfraktion und der Bundesministerin nicht ganz zu vertrauen, sonst wäre dieser Antrag ehrlicherweise gar nicht gestellt worden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte auf ein paar Fakten zurückkommen, die mich umtreiben. Die Steigerung des Mindestlohns liegt für das Jahr 2026 bei 8,4 %, für das Jahr 2027 bei 5 %. Damit liegen wir weit über allen anderen tariflichen Abschlüssen. Das muss man schon einmal sehr deutlich sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

– Warten Sie, Frau Müller, Sie kommen in meiner Rede sicher noch dran.

Auch wenn wir alle, so wie wir in diesem Haus sitzen, absolut der Überzeugung sind, dass gute Arbeit auch gut bezahlt werden soll, müssen wir schon aufpassen, was in unserem Land gerade passiert. Steigert man nämlich den Mindestlohn tatsächlich in dieser Größenordnung, wird sich die Spirale natürlich auch im weiteren Lohngefüge drehen. Das ist für kein Unternehmertum gut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe Respekt vor der Bundesministerin, die dem Vorschlag der Mindestlohnkommission nachgibt und nicht, wie von der SPD so sehr gewünscht, dem politischen Willen entspricht. Es ist gut, dass sie standhält. Das ist ehrlicherweise die einzige gute Nachricht. Sie macht den Dringlichkeitsantrag der SPD weder wichtig noch dringlich, sondern nur überflüssig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mir ist das ehrlich gesagt unverständlich. Ich bin schon etwas enttäuscht und hoffe, dass die Landwirte heute Abend, als diese Reden gehalten wurden, zugehört haben; denn das, was heute Abend geliefert wurde, ist eine bodenlose Unverschämtheit:

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Den Bauern nicht nur zu unterstellen, sie würden selbst die Preise hochschrauben, sondern ihnen auch die Vergünstigung beim Agrardiesel nicht zu gönnen, lieber Herr von Brunn. – Sie sollten irgendwann einen betriebswirtschaftlichen Kurs besuchen. Im

europäischen Vergleich, auch durch die Ampel verursacht, haben wir in den letzten drei Jahren ständig unter einem Wettbewerbsnachteil gelitten. Sie könnten eigentlich sagen: Mist! Irgendwann muss doch die Erkenntnis dämmern, dass man falsch lag, und man die eigenen Betriebe in Deutschland unterstützen und vor allem vor dem europäischen Wettbewerb schützen muss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, ich brauche jetzt nicht zu erklären, was die Lohnkostensteigerung bedeutet. Ich gebe aber doch ein Beispiel: Gerade beim Spargel darf man nicht vergessen, dass 60 % der variablen Erzeugerkosten durch den Lohn bestimmt werden. Steigt in diesem Fall der Mindestlohn nach Ihrem Gutdünken auf 15 Euro, würde allein das eine Steigerung der Erzeugerkosten des Spargels um 10 % bedeuten. Die Lohnkosten würden um weitere 17 % ansteigen, ohne dass – mit Verlaub – Energiekosten und weitere Kostensteigerungen eingerechnet wären. Wir wissen, dass der deutsche Verbraucher sehr preissensibel reagiert. Auch in den letzten Jahren sind die Preise für Gemüse und Obst exorbitant gestiegen.

Was wollen wir denn tatsächlich? Ich bin ehrlicherweise erschüttert. Liebe Frau Kollegin Müller, Sie sagen, die Erntehelfer auf Bayerns Äckern würden schwitzen. Wissen Sie, was das für mich heißt? – Das ist genau dieses grausame deutsche Weißwessentum – Hauptsache nicht in Deutschland. Wenn diese Menschen in Almería bei 42 Grad schwitzen und die von ihnen geernteten Produkte dann nach Deutschland importiert

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und zu günstigen Preisen, zu Dumpingpreisen und Dumpingstandards hier verkauft werden, heißen Sie das für gut. Ich bin wahrlich entsetzt. Das erschüttert mich immer mehr.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist eine Frage des Respekts vor den Arbeitskräften hier!)

– Ich kann nur sagen: Wer von Respekt spricht, muss natürlich auch eine ganzheitliche Betrachtung anstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Denken Sie einmal darüber nach!)

Wir hätten tatsächlich einen Maximalschaden – einen Schaden deswegen, weil unsere heimischen Verbraucherinnen und Verbraucher am Ende des Tages in den Regalen keine heimische Ware mehr finden würden.

Mit Verlaub – ich möchte das Thema noch einmal aufmachen –: Eigentlich müssten wir über den Mindestlohn und über Ausnahmen auch im Handwerk und auch im Tourismus sprechen. Auch da gäbe es Bedarf. Ich sage das heute ganz offen, weil ich dazu auch stehe.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie wollen den Mindestlohn gar nicht! Sagen Sie es doch ehrlich!)

Ich sage Ihnen aber auch, warum die Landwirtschaft explizit wichtig ist. Für mich gehört sie nämlich zur kritischen Infrastruktur. Wir sprechen immer über die Versorgungslage. Wir sprechen immer über Ernährungssouveränität, vergessen dabei aber, was Russland gerade macht. Dort wird die Urproduktion nämlich nach oben getrieben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

China hält die Hälfte der weltweiten Getreidevorräte zurück. – Nein, aber in Deutschland verzichtet man auf die Urproduktion von Lebensmitteln. So etwas geht ehrlicherweise nur im Kopf eines SPDlers.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur sagen:

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum sachlich, wenn es auch unsachlich geht!)

Ich finde es richtig und wichtig, wie Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer zu differenzieren versucht. Ich glaube, es besteht die Möglichkeit – darauf ist ausdrücklich zu schließen –, dass genau dieses Argument auch hier angewandt werden kann.

Für uns ist ganz wichtig, dass Saisonarbeitskräfte trotz geringerem, aber immer noch höherem Lohn in Deutschland arbeiten, anstatt in anderen Ländern mit einem deutlich geringeren Mindestlohn zufrieden sein zu müssen. Das wäre aber wohl Ihr Wunsch.

Ich finde, wir sollten sehr objektiv einen Vergleich anstellen, liebe SPD. Wie viel vom Mindestlohn einer Saisonarbeitskraft mit Wohnsitz in Deutschland und wie viel vom Mindestlohn einer Saisonarbeitskraft mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands bleibt netto tatsächlich übrig? Das wäre ein wahrer, objektiver Vergleich. Eine Debatte hierüber sollte nicht von vornherein politisch unterbunden werden. Das ist mir, ehrlich gesagt, ganz, ganz wichtig.

Deswegen bleibe ich dabei: Der Antrag ist mehr als überflüssig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden dem Antrag natürlich nicht zustimmen. Ich sage das ungern; die heutige Debatte hat das aber wieder gezeigt. Bundeskanzler Konrad Adenauer hat einmal vor Jahrzehnten in einem Wahlkampf gesagt: Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und das ist wieder und wieder und wieder wahr geworden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Es tut mir leid: Wer maximal provoziert, muss auch einstecken können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist unter Ihrem Niveau!)

– Das finde ich nicht. Ich passe mich dem Niveau der SPD an.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein, nein, nein!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn vor. – Bitte sehr.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Ja, bitte, gerne. Ich bin begeistert, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Liebe Frau Staatsministerin, das ist leider volkswirtschaftlich falsch und durch Studien vielfach widerlegt. Sie haben bei jeder Mindestloohnerhöhung erklärt – egal ob das von der CSU oder der CDU gesagt wurde –, dass dadurch die Wirtschaft in Gefahr wäre, dass Arbeitsplätze wegfallen würden. Das ist faktisch widerlegt. Sie wiederholen es aber trotzdem.

Interessant finde ich allerdings angesichts der Tatsache, wie wir heute lesen konnten, dass die Zahl der Einkommensmillionäre im letzten Jahr wieder um 12 % gestiegen ist,

(Michael Hofmann (CSU): Jawohl! Jetzt sind wir wieder bei der Neiddebatte!)

dass Sie, Frau Staatsministerin, jetzt auch sagen, Sie hätten auch gerne Ausnahmen vom Mindestlohn für die Gastronomie und für das Handwerk. Das zeigt, wes Geistes Kind Sie sind.

Ich sage auch – es tut mir leid –: Dass Ihre Partei christlich-sozial ist, trifft leider nicht zu.

(Michael Hofmann (CSU): Mei o mei o mei! – Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Lieber Herr von Brunn, Sie haben meinem letzten Satz, über den sich gerade alle so aufgeregt haben, alle Ehre gemacht und das Thema eines Sozialisten, nämlich die Umverteilung von Vermögen, angesprochen. Das ist die Neiddebatte, dass es in diesem Land Menschen gibt, die hart arbeiten und sehr viel Geld haben. Denen wollen Sie es wieder abgreifen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und zum Zweiten: Es tut einem in der Seele weh, wenn Sie unsere Wettbewerbsnachteile in Europa einfach negieren. Vorhin sind viele Beispiele genannt worden – von manchen Rednerinnen und Rednern auch aus Ländern außerhalb Europas –, was den Mindestlohn anbelangt. Jetzt ganz ehrlich: Wollen wir tatsächlich zuschauen, dass Erntehelfer in Bulgarien bleiben, wo der Mindestlohn bei 3,32 Euro liegt, oder in Lettland, wo es 4,38 Euro sind? Halten Sie das für fair?

Stellen Sie sich also einmal die Frage, auf welchem Niveau, auf welchem Standard wir in Deutschland mittlerweile angekommen sind. Und bitte, bitte tun Sie mir einen Gefallen: Reden Sie mehr mit den Unternehmern und nicht nur in Ihrer SPD-Blase!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/7290 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLERN und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/7291 mit 19/7293 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21:21 Uhr)